

MBJS erweckt den Eindruck, wir würden hier auf einer Insel Brandenburg leben. Sie blenden völlig aus, dass sich die Entscheidungen der letzten drei Monate auch aus den Beschlüssen auf der Bundesebene ableiten lassen.

Die Entscheidung, die Schulen Ende April zunächst nur für die Abschlussklassen zu öffnen, war übrigens eine Entscheidung der KMK. Ich habe das auch hart kritisiert, denn aus unserer Sicht sollte jeder Schüler, jede Schülerin sofort in einen Wechsel von Fern- und Präsenzunterricht gebracht werden. Diese Entscheidung zeigte deutlich, dass die zentralen Prüfungen für das MBJS und auch die KMK viel wichtiger waren als die pädagogischen Probleme und Lernrückstände der Kleinsten, die mit dem Lockdown einhergingen.

Im Antrag der AfD steht auch, dass das Lernen ein komplexer, kumulativer Prozess ist. Das ist richtig, aber genau diese Komplexität führt dazu, dass das Lernen nicht, wie Sie hier suggerieren, nur auf die Schule und den Präsenzunterricht beschränkt ist. Ein Beispiel dafür ist der seit vielen Jahren wissenschaftlich untersuchte „Summer Learning Loss“. Die Untersuchungen zeigen, dass die Unterbrechung des Unterrichtsbetriebs zum Beispiel durch die Sommerferien für Kinder aus Elternhäusern mit Bildungshintergrund keine negativen Auswirkungen auf ihre Kompetenzentwicklung hat. Im Gegenteil, sie entwickeln sich in kognitiv anregenden Umgebungen auch in den Ferien weiter. Anders ist es bei Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern. Diese weisen statistisch gesehen nach den langen Ferien Lerndefizite auf. Deshalb unterstütze ich grundsätzlich die pädagogischen Ferienangebote des MBJS.

Wenn es eine Mischung aus Freizeitgestaltung und handlungs- und projektorientiertem Lernen ist, was eigentlich sowieso im Unterricht stattfinden sollte, dann können auch Schülerinnen und Schüler gewonnen werden, die sich einem „Nachsitzen“ in den Sommerferien ohnehin verweigern würden. Das wäre richtiges, gewinnbringendes pädagogisches Handeln. Der Spaß am Lernen und die wichtige sozial-emotionale Kompetenzförderung - das muss es sein. Das dürfen wir nicht vergessen.

Das kennt die AfD im Übrigen nicht. Ich zitiere aus ihrem Wahlprogramm:

„Wir fordern die Abkehr von geschwätziger Kompetenzorientierung und die Rückkehr zur Vermittlung des Fachwissens als zentrales Anliegen der Schule.“

Wie war das noch einmal gestern mit dem emotionalen Auftritt zum Thema „Wie gehe ich friedlich mit Konflikten um?“ - Das ist auch eine Kompetenz, die Sie ablehnen.

Nun zum Aufholen des Stoffes:

(Zuruf)

- Seien Sie ruhig!

Ein überstürzter Aktionismus bringt überhaupt nichts. Jede gute Lehrkraft überprüft zu Beginn des neuen Schuljahres die Wissens- und Kompetenzentwicklung der Schülerinnen und Schüler, um den Unterricht darauf auszurichten. Das gehört zu den Standards der Unterrichtsplanung und berücksichtigt natürlich individuelle Bedürfnisse.

Wenn das nicht reicht, dann muss es an unseren Schulen zusätzlich gezielte Förderangebote geben. Die Entscheidungen treffen aber die Lehrkräfte vor Ort. Dazu brauchen sie natürlich die nötigen personellen Ressourcen. Ohne eine volle Mannschaft an Bord gibt es keinen normalen Regelunterricht - logisch. Im Gegensatz zu Herrn Hohloch gehe ich davon aus, dass die entstandenen Lernrückstände in der Mehrzahl der Fälle kompensierbar sind.

An Frau Ministerin Ernst gerichtet: Lassen Sie sich nicht zu einer aktionistischen Politik treiben, die suggeriert, man könne entstandene Lernrückstände mal eben messen und durch zusätzlichen Samstags- und Ferienunterricht beheben. Das wird es mit uns nicht geben!

Überfordern Sie die Schülerinnen und Schüler nicht! Haben Sie Vertrauen in Ihre Lehrkräfte! Die kennen ihre Schäfchen sehr gut und wissen am besten, wie sie mit der Situation umgehen müssen. Lassen Sie die Lehrkräfte beraten und entscheiden, welches Kind eine zusätzliche Förderung benötigt. Sorgen Sie für zusätzliche Vertretungslehrkräfte und Lernbegleiterinnen und -begleiter, zum Beispiel Lehramtsstudierende, an den Schulen, damit wir individuelle Förderung möglich machen können, besonders an den Grund- und Oberschulen - das ist ganz wichtig -, um unaufgeregt im Sinne der Kinder und der Lehrkräfte zu handeln.

Und zum Schluss: Ich möchte die Gelegenheit nutzen, allen Kindern und Jugendlichen, allen an Schulen Beschäftigten schöne Ferien zu wünschen - und vor allem Mut und Optimismus für das neue Schuljahr! - Danke.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Jetzt erhält Herr Abgeordneter Hoffmann für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön.

Herr Abg. Hoffmann (CDU):*

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Gleiche Stelle, gleiche Welle“, mit diesem wiederkehrenden Ausspruch hat sich der Berliner Theaterkritiker Friedrich Luft damals beim RIAS unsterblich gemacht. Dazwischen lag allerdings immer eine Woche; dann gab es auch etwas Neues zu berichten. Das ist bei uns nicht ganz so: Wir haben gestern im Rahmen der Aktuellen Stunde über die Bildungspolitik im Licht der Pandemie diskutiert.

Ich verstehe natürlich, dass das ein Thema ist, das die Menschen bewegt. Deshalb ist es auch in Ordnung, dass wir darüber noch einmal diskutieren. Es gehört aus meiner Sicht auch dazu, dass wir darüber reden, was nicht so gut gelaufen ist, dass man da kritisch ist und das genau unter die Lupe nimmt.

Ich sage ganz ehrlich: Das machen wir. Dazu sind wir durchaus bereit. Zur Wahrheit gehört es aber auch, Dinge zu benennen, die gut funktioniert haben. Die gab es eben auch. Auch das gehört dazu, Herr Hohloch.

Die AfD Brandenburg überschreibt ihre Aktuelle Stunde - Sie sagten es - mit „Brandenburg vor dem Bildungsnotstand?“. Seien Sie mal ehrlich, Herr Hohloch: ein Fragezeichen? Sind Sie sich da etwa unsicher? Alles, was ich eben gehört habe, klang gar nicht so, als ob Sie sich unsicher seien, sondern als ob Sie der Meinung seien, wir seien mitten im Bildungsnotstand.

Ich sage ganz ehrlich: Natürlich haben wir Probleme. Wir haben manchmal Schwierigkeiten und stehen vor Herausforderungen. Es gibt auch Probleme, für die wir nicht die Lösung präsentieren können, die alle glücklich macht. Aber um Ihre Frage zu beantworten: Einen Bildungsnotstand haben wir in Brandenburg nicht.

Ich glaube, wir sind uns auch einig darin, dass sich niemand darüber gefreut hat, dass wir die Schulen und Kitas damals krisenbedingt schließen und den Unterricht somit zwangsweise ins häusliche Umfeld verlagern mussten. Wir alle hatten natürlich Interesse daran, dass dieser Zustand nur so kurz wie möglich anhält. Aber die Landesregierung schreibt eben nicht nur Pressemitteilungen und Papiere, sondern sie trifft auch Entscheidungen.

Das Treffen von Entscheidungen verlangt dann eben auch Verantwortung, Herr Hohloch. Wenn man Verantwortung für die Menschen trägt, guckt man vielleicht mal genauer hin. Am Anfang konnte es auch Ihnen mit der wie auch immer gearteten Verantwortung für die Menschen gar nicht schnell genug gehen. Ich möchte Sie aus einer Pressemitteilung vom 13. März zitieren:

„Die bisherige Ablehnung von Schulschließungen ist eine fatale Fehlentscheidung und zeigt: Die Landesregierung und nicht zuletzt Ministerpräsident Woidke sowie die grüne Gesundheitsministerin Nonnemacher scheinen die Bedrohung durch das Coronavirus weiterhin zu unterschätzen und kleinzureden.“

Jetzt könnte manch einer sagen, wenn er aus der AfD käme und Hohloch hieße, das sei Panikmache.

Weiterhin haben Sie dann noch gesagt:

„Das ist ein untragbarer Zustand für die Kollegen an unseren Schulen und unsere Kinder. Den verpassten Schulstoff kann man nachholen - einen verstorbenen Patienten aber nicht mehr heilen.“

Daran sieht man: Damals war der verpasste Schulstoff für Sie offenbar kein Problem - für uns war er das auch damals schon.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Herr Abg. Hoffmann (CDU):

Jetzt sehe ich Baron von Lützwow. - Gerne.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr von Lützwow, bitte schön.

Herr Abg. Freiherr von Lützwow (AfD):

Freiherr und Baron sind die gleiche Stufe, aber das macht nichts. - Danke.

Ich möchte gerne eine Frage aus Sicht der Eltern stellen. Frau Stark hätte ich die auch gerne gestellt, aber Frau Stark antwortet immer nur einsilbig. Ich bin ja nun betroffen.

(Zuruf: Wer ist Frau Stark?)

- Entschuldigung, Frau Ernst. Na ja, ist ja das Gleiche. In der Bildungspolitik hat sich nicht viel geändert; tut mir leid.

Ich habe es ja nun als Elternteil von Grundschulern und einem Neuntklässler live erlebt. Ich muss sagen, es ist wirklich eine Katastrophe gewesen. Man hat die Lehrer komplett alleingelassen. Ich habe die ganzen Rundbriefe, die aus dem Ministerium geschickt worden sind, gelesen.

(Zurufe)

Jetzt ist meine Frage: Was wollen Sie denn zukünftig ändern? Wollen Sie jetzt endlich mal die Infrastruktur schaffen, damit auch solche Möglichkeiten gegeben werden? Oder bleibt es dabei, dass sich das Ministerium in Runderlassen ergeht, während die Lehrer und Schulen alles alleine organisieren müssen? Das ist meine Frage. Als Teil der Regierungskoalition müssten Sie darauf ja eine Antwort haben. Sie haben gerade gesagt: Wir haben das toll gemacht. - Jetzt erwarte ich von Ihnen auch eine Antwort, die mehr als eine Zeile umfasst. - Danke.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter.

Herr Abg. Hoffmann (CDU):*

Herr von Lützwow, ich weiß nicht, vielleicht ist es gestern Abend bei Ihnen ein bisschen später geworden. Zunächst mal: Die Bildungsministerin war nie Frau Stark, sondern immer Frau Ernst. Ich hoffe, Sie haben bei den Runderlassen nirgendwo den Namen Stark gelesen. Dann wären es auf jeden Fall Erlasse, die nicht in Brandenburg unterzeichnet wurden.

Zu der Frage, was wir mit der Infrastruktur machen wollen: Auch da haben Sie wahrscheinlich nicht richtig aufgepasst. Gestern haben wir hier gemeinsam den Aktionsplan „Digitale Bildung“ beschlossen, worin wir durchaus einige Antworten geben. Auch die Strategie für die Aufnahme des nächsten Schuljahres, zu der ich nachher noch komme, hat die Bildungsministerin vorgestellt. Vielleicht hat Herr Hohloch nicht aus dem Ausschuss berichtet. Aber das, was Sie fordern, wurde hier vorgelegt.

Und dass es Probleme gab, habe ich doch gestern eingeräumt. Das habe ich eben eingeräumt. Da muss man auch nicht herumdiskutieren, denn wir befinden uns nun mal in einer Ausnahmesituation, in einer Krise, die sich niemand von uns gewünscht hat. Ich wünsche mir, dass wir gemeinsam daran arbeiten, die Folgen dieser Krise für alle - für Schüler, Lehrer, Eltern - so gut wie möglich zu bewältigen. Es wäre schön, wenn Sie konstruktiv mitmachen und nicht so zweifelhafte Fragen stellen würden; sagen wir es einmal so.

Meine Damen und Herren, Sie verweisen immer wieder auf Ihre Vorschläge und konzeptionellen Überlegungen, die Sie in den vergangenen Wochen eingebracht hätten. Ja, Sie haben Vorschläge eingebracht; das habe ich auch gestern schon gesagt. Das ist auch in Ordnung. Es waren sinnvolle Dinge dabei. Aber

wissen Sie, was mich ärgert? Mich ärgert, dass Sie immer so tun, als würden nur Sie arbeiten, und alle anderen würden Däumchen drehen. Dem möchte ich energisch widersprechen.

Sie haben gestern gesagt, Sie waren geneigt, mal beim MBSJ vorbeizugucken, ob da noch Licht brennt. Ich sage Ihnen: Das hätten Sie mal machen sollen. Dann hätten Sie sich nämlich gewundert, wie lange da noch Licht brannte.

Nur weil Sie ein paar Vorschläge gemacht haben, die überlegenswert und sinnvoll sind, heißt das nicht automatisch, dass andere nicht auf die gleichen Ideen kommen.

(Hohloch [AfD]: Dieselben!)

- Manchmal gleichen sich die Ideen auch nur. Es gibt zum Beispiel unterschiedliche Wechselmodelle, Herr Hohloch. Wenn wir schon bei der Semantik sind, dann sollten Sie richtig mitmachen.

Nehmen wir beispielsweise das Wechselmodell, das Sie vorgeschlagen haben, oder die Konzentration auf Kernfächer. Das haben doch am Ende alle anderen Bundesländer genauso gemacht - in einzelnen Abstufungen, aber alle Bundesländer haben auf Wechselmodelle gesetzt, und alle Bundesländer haben sich auch auf die Kernfächer konzentriert. Jetzt wollen Sie doch nicht allen Ernstes behaupten, die hätten das alle bei Ihnen abgeschrieben, Herr Hohloch. Das ist doch Quatsch! Es ergibt sich ganz einfach aus der Notwendigkeit.

Herr Hohloch, jetzt will ich zu dem vorliegenden Entschließungsantrag kommen. Der teilt sich in zwei Hälften, einerseits in Feststellungen und dann in das, was Sie fordern, was beschlossen werden soll. Bei den Feststellungen stimmen wir sogar in einem Punkt überein, nämlich: Auch wir begrüßen den Wiedereinstieg in den Normalbetrieb. Das haben wir vereinbart, und deshalb werden wir das auch umsetzen.

Die anderen Feststellungen sind aus meiner Sicht polemischer Unsinn. Ihr Vorwurf der Plan- und Konzeptlosigkeit - ich sage es ganz vorsichtig - läuft ja schon fast Gefahr, als Satire durchzugehen. Ich habe es eben erwähnt. Pressemitteilung Hohloch, 13. März: Schulen müssten längst zu sein, Unterricht nachzuholen ist kein Problem. - Ein paar Wochen später: Schulen müssten längst auf sein, Unterricht nachzuholen ist nicht möglich.

Dann haben Sie ein Hygienekonzept vorgelegt, in dem der Platzbedarf die Vorgaben des Landes noch deutlich übersteigt. Sie wollten 2 m Mindestabstand in den Schulen haben. Da wären die Kapazitäten noch knapper, als sie es ohnehin sind.

Dann möchten Sie da, wo das nicht geht, ein verpflichtendes Tragen von Halbmasken. Das muss man sich mal vorstellen: Zehnjährige sollen nach Herrn Hohloch sechs Stunden pro Tag in der Schule sein und Halbmasken tragen, aber wenn er beim Einkaufen bei Lidl einen Mundschutz tragen soll, dann rennt er zum Verfassungsgericht und unterzeichnet einen Eilantrag, mit dem er scheitert.

Sie brauchen uns doch hier in Sachen wirre Aussagen keine Nachhilfe zu geben, Herr Hohloch. Da sind Sie doch die Falschen.

Im Übrigen ist doch vollkommen klar, was jetzt im Ministerium passiert. Das haben wir doch auch gestern gehört. Zum Schuljahresende wird dokumentiert, welche Unterrichtsinhalte gemäß

Rahmenlehrplan nicht unterrichtet werden konnten. Anfang des nächsten Jahres guckt man, wie weit die Schüler sind, wie groß die Unterschiede sind, und dann müssen wir aufgrund dieses Befundes entscheiden, wie wir damit umgehen.

Ich finde es sogar löblich, wenn die Bildungsministerin sagt, dass sie persönlich kein Freund von Samstagsunterricht ist, aber auch feststellt: Diese Option wird nicht voreilig vom Tisch gewischt, sondern wir werden das noch einmal prüfen.

Das ist in Ordnung, das ist richtig. Das MBSJ muss jetzt natürlich in dem sich selbst auferlegten Zeitrahmen Antworten liefern. Ich glaube, das wird es auch tun. Wir werden darüber im Ausschuss diskutieren und auch über die Frage, was wir tun, wenn das Infektionsgeschehen wiederaufflammt.

Dann haben wir gesagt: Schulen müssen einen entsprechenden Plan vorbereiten. - Das hat auch nichts mit Verantwortungshin- und herschieberei zu tun, sondern wir wissen doch, dass die Situation, die Ausgangslage an den Schulen unterschiedlich ist. Deshalb kann man da auch nicht einfach irgendwie vorschreiben: „Ihr müsst das so und so machen“, sondern die Leute vor Ort müssen entscheiden, wie sie es am besten umsetzen, wie sie sich darauf vorbereiten können. Deshalb werden wir diesen Weg auch weitergehen.

Deshalb sage ich Ihnen: Dinge feststellen und Sachen beschließen zu wollen, die entweder längst klar oder einfach nicht wahr sind, führt zu nichts. Deshalb werden wir Ihren Entschließungsantrag ablehnen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Als Nächster spricht der Abgeordnete Vida für die BVB / FREIE WÄHLER Fraktion. Bitte schön.

Herr Abg. Vida (BVB/FW):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich würde gern ein paar einleitende Bemerkungen zum generellen parlamentarischen Umgang miteinander machen:

Mir wurde einmal erklärt, dass Aktuelle Stunden dazu da sind, neue Sachverhalte zu diskutieren, die man als besonders dringlich, ja akut betrachtet. Da wir erst gestern dieses Thema hatten, erschließt sich mir nicht ganz, wie man auf die Idee kommen kann, einfach auf seinem Recht zu beharren und zu sagen: Wir lassen es auf der Tagesordnung.

(Zurufe)

Schauen Sie, es ist ja so: Wenn man ein Interesse daran hat, einen Sachverhalt ausdiskutieren - man diskutiert ihn aus, das ist ja gestern sehr intensiv geschehen, alle haben ihren Beitrag geleistet -, sollte man nicht auf der Begründung beharren: Na ja, wir haben das ja zuerst eingereicht. - So läuft es nicht im parlamentarischen Geschäft.

Wenn ich mich immer darüber aufregen würde, dass Leute irgendetwas abschreiben oder Ideen entwickeln, Dinge erst ablehnen, dann neu einbringen, käme ich nicht weit. Ich habe in den letzten sechs Jahren in diesem Bereich den Zustand resignativer Reife erreicht, und das wünsche ich auch Ihnen in diesem Punkt.